

## Wortprotokoll

---

**Sitzung** 16. Sitzung des Gemeinderats Kreuzlingen der Amtsperiode 2015/2019  
20. Legislaturperiode  
**Datum** Donnerstag, 26. Januar 2017, 19:00 Uhr  
**Ort** im Rathaussaal

---

### Anwesend

35 Mitglieder des Gemeinderats  
5 Mitglieder des Stadtrats

### Abwesend

GR Rüedi, GR Jäggi, GR Winterhalter, GR Schläpfer, GR Wipf

### Absolutes Mehr

18

### Später eingetroffen

–

### Vorzeitig weggegangen

–

### Vorsitz

GR Dino-Gerardo Lioi

### Protokoll

STS Thomas Niederberger, Tatiana Abate

### Traktanden

#### Protokollgenehmigung

1. Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2016

#### Botschaften

2. Kreditbegehren von
  - a. CHF 3'408'736.– für die Überführung der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 vom Finanzvermögen (Landkreditkonto) in das Verwaltungsvermögen der Technischen Betriebe Kreuzlingen (TBK) zuhanden der Volksabstimmung
  - b. CHF 200'000.– für Umbaumaassnahmen der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 für die betriebliche Nutzung durch die TBK
3. Genehmigung des Reglements über die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Kreuzlingen (Sicherheitsreglement) / 2. Lesung - Fortsetzung der Behandlung

## Verschiedenes

### 4. Verschiedenes

**Der Ratspräsident** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Gemeinderatssitzung. Entschuldigt haben sich GR Ruedi, GR Jäggi, GR Winterhalter, GR Schläpfer und GR Wipf.

Sehr geehrter Herr Stadtpräsident, sehr geehrte Stadträte, liebe Kollegen des Gemeinderats, liebes Publikum, sehr geehrter Schulpräsident René Zweifel, liebe Kollegen von der Presse, herzlich willkommen an der ersten Sitzung im neuen Jahr.

### Traktandenliste

**Der Ratspräsident** stellt die geänderte Traktandenliste zur Diskussion.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

---

### Protokollgenehmigung

#### 1. Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2016

**GR Irene Herzog:** Wenn wir Seite 416 des Protokolls öffnen, steht ganz unten im Votum von SR Beringer, dass ihm nichts anderes bekannt ist, als dass das Konkordat am 1. Januar 2017 in Kraft tritt. Ich möchte das an dieser Stelle richtigstellen. Er hat das zwar so gesagt, aber es ist nicht richtig, was er gesagt hat. Sondern es ist so, dass an der Herbstversammlung der Justiz- und Polizeidirektoren am 17./18. November 2016, also ein Monat vor unserer Gemeinderatssitzung beschlossen wurde, dass das Konkordat im Januar 2017 nicht in Kraft tritt, sondern dass es erst an der Frühlingssitzung am 6. April 2017 wieder verhandelt wird. Ich habe mir vorgenommen, das hier zu platzieren, da dies allenfalls einen Einfluss auf die Debatte haben kann, wenn es um das Sicherheitsreglement für die privaten Sicherheitsdienste geht.

**Der Ratspräsident:** Das wird im neuen Protokoll vermerkt.

**GR Dufner:** Ich war auch einmal betroffen von einem Protokolländerungsvotum. Kollegin Ricklin brachte dies einmal im Zusammenhang mit der Diskussion über die Einbürgerungskommission vor, etwas, was ich gesagt hätte, sei nicht genau so gewesen, wie es im Protokoll stand. Ich wollte dort nichts sagen, weil es mich selber betraf. Jetzt möchte ich aber doch sagen, wir haben ein Wortprotokoll. Sonst müssen wir mit Wortprotokollen aufhören. Es gilt das, was gesagt worden ist und das wird protokolliert und das bleibt im Protokoll. Und nicht das, was jemand später herausgefunden hat, es sei so oder anders. Das kann man selbstverständlich auch bei der Vorlage sagen, man kann es einbringen, das ist kein Thema. Aber wenn es ums Protokoll geht, steht im Protokoll genau das, was gesagt wurde. Daher bin ich der Meinung, dass dieses Protokoll nicht angepasst wird.

**GR Irene Herzog:** Das ist richtig. Ich habe auch nicht gesagt, dass das Protokoll geändert werden muss. Ich habe gesagt, SR Beringer habe das so gesagt. Es ist auch richtig, dass er es so gesagt hat. Ich habe es bewusst hier platziert wegen der Debatte später. Ich habe mir überlegt, wo ich es einsetzen solle und ich finde, das war der richtige Zeitpunkt für mich, diese Änderung zu sagen. Nicht dass man es im Protokoll ändern muss, sondern einfach, dass man es im Hinterkopf hat.

**Der Ratspräsident:** Dann ist es richtig, dass dieser Vermerk im nächsten Protokoll kommt. Es betrifft nicht das Protokoll selber, sondern den Inhalt dieser Aussage. Das wird im neuen Protokoll so festgehalten. Da sind wir alle gleicher Meinung.

**Abstimmung:** Das Protokoll der Sitzung vom 15. Dezember 2016 **wird mit 31 Ja-Stimmen** gegen 2 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen **genehmigt**.

---

## Botschaften

2. Kreditbegehren von
  - a. CHF 3'408'736.– für die Überführung der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 vom Finanzvermögen (Landkreditkonto) in das Verwaltungsvermögen der Technischen Betriebe Kreuzlingen (TBK) zuhanden der Volksabstimmung
  - b. CHF 200'000.– für Umbaumaassnahmen der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 für die betriebliche Nutzung durch die TBK

**GR Salzmann:** Im Namen der FDP/EVP-Fraktion stelle ich einen Antrag auf Nichteintreten zum stadträtlichen Antrag a. (Volksabstimmung). Unberührt davon ist Antrag b. Es geht nur um a. Der ehemalige Spiegel-Herausgeber Rudolf Augstein hat einmal gesagt: „Es kommt nicht so sehr darauf an, dass die Demokratie nach ihrer ursprünglichen Idee funktioniert, sondern dass sie von der Bevölkerung als funktionierend empfunden wird.“ Wenn man machen will, was hier geplant ist, bedarf es nach der ursprünglichen Idee unserer lokalen Demokratie einer Volksabstimmung. Das haben die Juristen so herausgefunden. Ob das Volk bei so einer Volksabstimmung Ja oder Nein sagt, ist schlicht irrelevant. Es ist irrelevant für den Bürger, es ist irrelevant für die Stadt, und es ist irrelevant für die Technischen Betriebe. In diesem Fall wird die Demokratie von der Bevölkerung als nicht funktionierend empfunden. Denn man ruft keine Volksabstimmung aus, wenn es eigentlich nichts zu entscheiden gibt. Für die Technischen Betriebe wäre es sogar eher kontraproduktiv, denn man plant ja in wenigen Jahren, das Volk noch einmal zu bitten, einen Kredit über etwa ein Dutzend Millionen Franken zu sprechen. Hier eine Volksabstimmung laufen zu lassen, ist schlicht absurd. Die bisherige Mietlösung bis zum grossen Investitionsentscheid hindert niemanden daran, weiter voranzuschreiten und die grossen Investitionen zu planen. Die Technischen Betriebe sind ja ein Teil der Stadt. Wir wissen, dass der Stadtrat eine Volksabstimmung ansetzen kann, egal ob wir heute eintreten oder nicht, ob wir Ja oder Nein sagen, ob wir rückweisen oder eine zweite Lesung machen. Das Nichteintreten auf diese Vorlage – nur Teil a. – ist aber unsere stärkste Waffe, die wir als Gemeinderat haben, um dem Stadtrat nahezu legen, auf diese Volksabstimmung zu verzichten. Ich bitte daher, dem Antrag der FDP/EVP-Fraktion zuzustimmen.

**GR Moos:** Ich bin mir nicht ganz sicher, ob ein Nichteintreten in diesem Fall formal überhaupt richtig ist. Es geht um eine Botschaft. Es sind zwar zwei Teilfragen dabei, und wenn wir die zwei Teilfragen behandeln wollen, müssten wir ja trotzdem durch die Botschaft gehen. Wenn wir auf die Botschaft nicht eintreten, gehen wir auch nicht durch die Botschaft. Daher bin ich nicht sicher, ob das Nichteintreten das richtige Mittel ist. Was ich aber durchaus für möglich halte, ist, dass wir zum Schluss kommen, die Frage a. oder b. zurückzuweisen. Daher würde ich gern die Voten der einzelnen Fraktionen hören, bevor wir zu einem Schluss kommen bzw. den Antrag der FDP/EVP-Fraktion ablehnen.

**GR Dufner:** Ein persönliches Votum meinerseits: Ich empfehle, den Antrag der FDP/EVP-Fraktion abzulehnen. Die Botschaft wurde entwickelt. Man kann durchaus verschiedene Wege gehen. Hingegen hat der Stadtrat nun den Weg entschieden, dass er gesagt hat, wir schaffen von Anfang an klare Verhältnisse, indem wir dem Bürger sagen, wir möchten auf diesem Grundstück gern etwas entwickeln, das wir übers Landkreditkonto gekauft haben. Wenn man das Grundstück vom Landkreditkonto ins Verwaltungsvermögen überführt, muss man das Volk halt fragen. Das ist aus meiner Sicht auch nicht eine unnütze Frage. Es ist etwas, was bei der Demokratie in dem Sinn spielt und eigentlich durch unsere Gemeindeordnung, sprich die Verfassung der Stadt Kreuzlingen, vorgesehen ist. Wenn der Stadtrat sich nun genau an diese Verfassung hält, finde ich das richtig, und dann finde ich es nicht gut, wenn man jetzt sagt, man schiebt es zurück, und jetzt können wir ein bisschen hin und her. Vorhin hiess es ja, die Technischen Betriebe sind die Stadt Kreuzlingen. Das ist ja nicht eine separate Einheit, sie hat nur eine separate Rechnung. Dass die eine Hand der anderen Hand einen Mietzins bezahlt etc., finde ich viel fragwürdiger, als wenn man klare Verhältnisse schafft und das dem Volk auch vorlegt. Wenn man es anders hätte machen wollen, hätte man es viel früher machen müssen und nicht erst jetzt, dann hätte man meinetwegen das in der Kommission so machen müssen oder schon politisch vorher, aber jetzt ist es aufgegleist, und ich meine, nachdem es ja wie gesagt auch so in der Gemeindeordnung vorgesehen ist, ist es der richtige Weg und diesen Weg sollte man jetzt auch gehen und daher diesen Antrag ablehnen.

**Abstimmung:** Der Antrag von GR Salzmann, auf Punkt a. nicht einzutreten, **wird mit 25 Nein-Stimmen** gegen 8 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen **abgelehnt**.

**GR Dufner:** Ich darf aus der gemeinsamen Sitzung, welche die WBU und die FRK zusammen am 10. Januar durchführten, berichten. Ich werde etwas zu Antrag a. sagen, dann wird der Präsident der WBU etwas zu Antrag b. sagen im Rahmen der Berichterstattung aus der vorberatenden Kommission. Wir führten zuerst eine Besichtigung durch, konnten das Grundstück und die Anlagen anschauen, waren anschliessend im Sitzungszimmer an der Nationalstrasse und berieten die Botschaft. Im Rahmen dieser Botschaft wurde die Frage aufgeworfen, ob es richtig gewesen sei, dass man das Grundstück über das Landkreditkonto gekauft hat. Von SR Beringer wurde darauf hingewiesen, dass ein Bieterverfahren eröffnet worden ist durch die Immobilienfirma Goldinger, welche den Verkaufsauftrag hatte, und weil die Firma Spiegel unter einem gewissen Zeitdruck stand, weil sie ein anderes Grundstück in Tägerwilen erwerben wollte und dort auch im Baubewilligungsverfahren war. Daher musste man sich rasch entscheiden und rasch zuschlagen, wenn man das Grundstück für die Stadt sichern wollte. Das war nur übers Landkreditkonto möglich und natürlich nicht über eine normale Botschaft, die ja wie wir wissen, vors Volk müsste. Bis dahin wäre

das Grundstück weg gewesen. Auch das vorhin behandelte Nichteintreten wurde in der Kommission diskutiert. Haben wir dem Volk gegenüber einen Erklärungsnotstand zu sagen, wieso man darüber abstimmen muss, obwohl wir es ja im Prinzip schon gekauft haben? Hier hatte man die Meinung, man hätte es zusammen mit dem Projekt vorlegen können. Darüber haben wir uns schon vorhin unterhalten. Eine weitere Frage war, ob das nicht allenfalls ein Anwendungsfall von Art. 32 lit. c) der Gemeindeordnung sei. Dort steht, dass Kredite für Bauten und Anlagen der Elektrizitäts-, Erdgas- und Wasserversorgung bis zu CHF 5 Mio. nicht vors Volk müssen. Aber im Rahmen der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass die Bestimmung für Infrastrukturanlagen, wie Leitungen, Wasserreservoir, Trafostationen etc., gedacht ist, aber nicht für ein Grundstück, welches man für ein Verwaltungsgebäude kaufen will und für das man verschiedene Lösungen hat. Das Volk könnte ja sagen, wir wollen das nicht an diesem Standort, oder wir wollen eine Mietlösung statt eine eigene etc. Daher ist das ein anderer Fall als das, was in Art. 32 lit. c) geregelt ist. Eine weitere Frage betraf die Abschreibungen. Es wurde darauf hingewiesen, dass das Gebäude abgeschrieben werden kann, aber nicht das Grundstück. Wir sind hier noch unter dem alten Regime. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, wieso ein Kaufpreis von rund CHF 1'000.– pro Quadratmeter bezahlt wird. Dies wurde für das dortige Gebiet als stolzer Preis eingeschätzt. Es wurde darauf hingewiesen, dass von den involvierten Mitbietern die Idee war, es in eine Wohn- und Gewerbezone umzuzonen, dann wäre auf diesem Grundstück natürlich mehr möglich, als wenn es eine reine Industriezone ist. Die Kommission stimmte Antrag a. des Stadtrats mit 4 Ja bei 0 Nein und 3 Enthaltungen zu.

**GR Forster:** Wir organisierten mit SR Beringer und der Leitung der TBK eine kurze Fragerunde und eine Besichtigung der ehemaligen Spiegel-Halle und Büro durch die WBU. Der Punkt der Umbaumaßnahmen, die anfallen, wenn die Technischen Betriebe diese Halle nutzen, wurde alsdann von der WBU kurz hinterfragt und durchleuchtet. Die in der Botschaft enthaltene und ausgewiesene Kostenschätzung hat die TBK selber vorgenommen und sollte vorerst für einen guten Ablauf bei der Nutzung dieser Halle genügen. Ich persönlich kann mich an keine zeitlich kürzere Sitzung der WBU erinnern und Punkt b. dieser Botschaft war relativ rasch mit 8 Ja gegen 0 Nein unbestritten. Im gleichen Tempo stimmten wir in der FL/RB dem stadträtlichen Anliegen mit einem einstimmigen Resultat zu. Ich danke für die Aufmerksamkeit hier im Saal und hoffe, die Technischen Betriebe können alsdann in den neuen Gebäuden die Arbeitsabläufe so optimieren, wie es gewünscht ist.

**GR Hummel:** Vorweg die Fraktionsmeinung zu Traktandum 2a. Die Vorlage wurde intensiv diskutiert, verschiedene Szenarien wurden durchgespielt. Eines unserer grössten Bedenken ist, dass die Vorlage dem Stimmvolk fast nicht zu erklären ist. Für Diskussion sorgte aber auch die Stellungnahme der Denkmalpflege. Es wurde gesagt, dass man die Liegenschaft in der Ecke umschupfen kann und dass die Denkmalpflege eine Abbruchbewilligung in Aussicht stelle. Wenn ich aber die Stellungnahme lese, machen sie einmal darauf aufmerksam, dass die Nachbarliegenschaft Nationalstrasse 26 unter Schutz steht und dass dem Umgebungsschutz entsprechend Rechnung zu tragen sei. Sie empfehlen, aufgrund der günstigen Lage des Hauses in der Ecke könne man ja doch noch etwas anderes Gescheites machen. Als erste Priorität eine komplette Neubebauung unter Beibehaltung des historischen Baus. Wir sind also keineswegs sicher, ob die Abbruchbewilligung überhaupt erteilt würde. Dann ist es für die Fraktion auch nicht nachvollziehbar, wieso die Überführung der Liegenschaft so

dringend und bereits heute notwendig ist. Es würde doch Sinn machen, sowohl die Überführung der Liegenschaft als auch das Neubauprojekt als Gesamtpaket der Volksabstimmung zu unterbreiten. Dies wäre ein transparentes Vorgehen. Dem Stimmbürger wäre dann auch bekannt, was für Kosten effektiv durch den Kauf dieser Liegenschaft auf uns zukommen. Das Liegenschaftsgeschäft lässt sich auch besser erklären und Geld kann auch noch gespart werden, wenn nicht zwei Volksabstimmungen gemacht werden müssen. Bis ein Projekt vorliegt, können die Technischen Betriebe die Liegenschaft im Mietverhältnis nutzen. Das ist durchaus legitim, sie bezahlten bisher auch knapp CHF 100'000.– an einen Externen, dann kann man das intern verrechnen. Mit diesem Vorgehen vergibt man sich nämlich gar nichts. Im Gegenteil: Man könnte ja in der Detailplanung zum Schluss kommen, dass sich die Liegenschaft für die Zwecke der TBK gar nicht optimal eignet und dass man eine andere Lösung gefunden hat. Dann sind wir alle froh, wenn die Liegenschaft immer noch zum Finanzvermögen gehört und nicht zum Verwaltungsvermögen. Die SVP-Fraktion wird dieses Geschäft einstimmig ablehnen. Die Fraktionsmeinung zu Traktandum 2 b.: Dieses Geschäft war in unserer Fraktion unbestritten. Die Anpassungen sollen schnellstmöglich gemacht werden, und die Fraktion ist daher einstimmig für dieses Geschäft.

**GR Wolfender:** Die Fraktion FL/RB hat die Vorlage intensiv diskutiert. Wir sind für einmal einstimmig zum Schluss gekommen, Teil a. über den Übertrag des Grundstücks Spiegel ins Verwaltungsvermögen zurückzuweisen und Teil b. wiederum einstimmig anzunehmen. Für uns gaben vor allem folgende Punkte Anlass zur Diskussion: Der Raum- und Lagerbedarf der Technischen Betriebe ist unbestritten. Ob das Land an der Nationalstrasse wirklich der richtige Ort ist, hat sich für uns aus folgenden Gründen nicht erschlossen. CHF 1'000.– pro Quadratmeter ist ein überaus stolzer Betrag, um auf diesem Land eine Lagerhalle und Werkstatt zu bauen. Mit dem Wegzug des RAZ wird auf dem Strabag-Areal eine grosse Halle frei, die auch noch erweitert werden könnte. Ausserdem gäbe es eventuell auch Möglichkeiten, um Synergien zu nutzen mit dem Werkhof. Mit dem Ja zum Stadthaus haben wir uns dazu bekannt, möglichst den gesamten Publikumsverkehr und auch die Verwaltung dort im Stadthaus zu konzentrieren. Nach unserer Meinung könnte man einen Teil der TBK ins Projekt des Stadthauses integrieren. Eine Stadtentwicklung ist im Zentrum an der Nationalstrasse eher möglich und würde auch dem Wert des Lands entsprechen. Wir sind der Meinung, dass die TBK das Spiegel-Areal als Lager nutzen und dementsprechend umbauen könnte. Der Landübertrag soll erst dann passieren, wenn ein konkretes Projekt vorliegt und auch die Gesamtkosten bekannt sind und auch mögliche Alternativen konkret geprüft wurden. Zusammenfassend votieren wir von der Fraktion FL/RB für eine Rückweisung mit einer Interimsmietlösung.

**GR Ruedi Herzog:** Die zentrale Frage bei diesem Geschäft ist für unsere Fraktion der Standort an der Nationalstrasse, ob dieser für die Technischen Betriebe geeignet ist und ob er zukunftsträchtig ist. Die Technischen Betriebe und der Stadtrat haben sich sicherlich die entsprechenden strategischen Überlegungen dazu gemacht. Vielleicht hätte man diese in der vorberatenden Kommission und in der Botschaft noch etwas besser aufzeigen können, aber es liegt aus unserer Sicht sicherlich auf der Hand, dass für die Technischen Betriebe nicht allzu viele alternative Flächen infrage kommen. Am ehesten wären sie vielleicht im Industriegebiet noch zu finden, aber auch dort sind natürlich massive Einschränkungen, beispielsweise aufgrund der Bahngeleise zu befürchten. Ganz besonders, wenn man die Kundenanlaufstelle der TBK an

einer gut erreichbaren Lage haben will und die TBK nicht völlig abgetrennt von den anderen Verwaltungszweigen ansiedeln will. An der Nationalstrasse haben die Technischen Betriebe einen sehr gut gelegenen Standort gefunden, ausser natürlich, dass das dortige Land einen relativ stolzen Preis hat, das wissen wir alle. Letztlich, wenn wir nun aber an die Abstimmungsfrage denken, ist das Land bereits gekauft. Darüber befinden wir ja nicht mehr. Der Raumbedarf nach der Abschätzung der Technischen Betriebe und das glauben wir auch, müsste an diesem Standort auf absehbare Zeit abgedeckt sein. An der Nationalstrasse sollten in näherer Zukunft möglicherweise Neubauten auf diesem Grundstück entstehen. Es wäre sicher eine Überlegung wert gewesen, ob man das zusammen mit der Übertragung ins Verwaltungsvermögen hätte zur Abstimmung bringen wollen. Allerdings muss man auch daran denken, dass in so einer Abstimmung zwei Sachen miteinander vermischt würden, nämlich die Übertragung vom Finanz- ins Verwaltungsvermögen und die Frage eines Neubaus, was wiederum abstimmungstechnisch und bei der Interpretation eines Abstimmungsergebnisses relativ kritisch ist. Im Moment ist leider ein Neubauprojekt oder die Umnutzung der bestehenden Gebäulichkeiten noch relativ ungewiss und relativ weit weg. Das ist auch klar so zum Ausdruck gekommen und hängt auch damit zusammen, dass man relativ schnell handeln musste und sich das Grundstück zu einem Zeitpunkt sichern musste oder wollte, wo man ja nicht selber bestimmen konnte. Weil klar ist, dass das Grundstück den Technischen Betrieben dienen kann und wird, ist es folgerichtig, das Grundstück jetzt vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zu überführen und damit Verpflichtungen, die in der Gemeindeordnung festgehalten sind, auch beizubehalten. Noch eine kurze Bemerkung zur geäusserten Idee, man könnte ja die Verwaltungseinheiten der TBK auch noch gleich ins Stadthaus integrieren. Ich möchte davor warnen, jetzt zu versuchen, immer überall alles noch irgendwie wieder miteinander zu verknüpfen. Denn wenn wir damit beginnen, kommen wir sicher nirgends hin. Denn es gibt immer etwas, was man noch mit etwas anderem verknüpfen könnte und vielleicht sonst irgendwo auch noch ansiedeln könnte. Ich glaube, so stehen wir still und kommen nicht vorwärts. Wir sind zusammengefasst für gute und zukunftsgerichtete Voraussetzungen baulicher und räumlicher Art für die Technischen Betriebe und daher für diese Botschaft, das heisst für die Überführung ins Verwaltungsvermögen einerseits und natürlich gleichzeitig auch für den Kredit über CHF 200'000.– für die Umbaumaassnahmen.

**GR Leuch:** Es kommt mir heute Abend vor wie eine grosse Auslegeordnung. Es wird auf den Tisch gelegt, was man denkt und was man vorhat. Wahrscheinlich haben wir gar noch nicht alles gesehen, was wir in dieser Beziehung alles auf den Tisch legen müssten. Die Richtung unserer Fraktion habt ihr ja schon in etwa gesehen. Die FDP/EVP-Fraktion hat mit 0 Ja, 8 Nein und 1 Enthaltung in der Fraktion dieser Botschaft nicht zugestimmt. Sinngemäss und vom Prinzip her ist es eigentlich in Ordnung, was man macht, aber muss es jetzt sein? Gemäss Aussagen der Verantwortlichen der TBK und des Stadtrats ist in dieser Botschaft kein zeitliches Muss zu erkennen. Es steht nirgends explizit drin, dass es dringend ist, das jetzt machen zu müssen. Man macht es einfach jetzt, vielleicht weil es gerade Anfang Jahr ist. Es ist auf jeden Fall kein sofortiges Handeln nötig. Ob die Überführung vom Landkreditkonto der Stadt Kreuzlingen ins Verwaltungsvermögen der TBK heute passiert, morgen oder in fünf Jahren, ändert am Vorhaben der TBK gar nichts. Wir stehen also nicht unter zeitlichem Druck. Es wurde gesagt, auf dem Landkreditkonto liege noch genug Geld, daher muss nicht wieder aufgefüllt werden. Es ist immer schön, wenn man genug drauf hat, aber es sei nicht dringend, die Summe sei noch gross genug. Von unserer Seite

wurde auch schon in der Kommissionssitzung gesagt, dass es ja sinnvoller und für jeden Mann und jede Frau dieser Stadt besser verständlich wäre, wenn der Übertrag dann getätigt würde, wenn das Areal auf beiden Seiten der Strasse neu geordnet würde. Dann wäre es viel einfacher zu verstehen, dann sähe man auch eine Linie, man sähe, wo es wirklich hingeht. Nachdem ich das Gebäude angeschaut habe, weiss ich noch weniger, wohin es geht, weil es nicht so eine einfache Substanz ist, ausserdem veraltet und ziemlich marod. Vom Gebäude her kann man nicht viel erwarten. Die Neuprojektierung des ganzen Areals auf beiden Seiten der Strasse ist sehr wahrscheinlich viel dringender als die vorgeschlagene Überführung, die jetzt passieren soll. Die unbefriedigenden Platzverhältnisse für die Mitarbeitenden, für die einzelnen Werkstätten, aber auch für den Fahrzeugpark sind sehr offensichtlich. Und energetisch darf man gar nicht diskutieren über die Gebäude, auf beiden Seiten nicht. Vor allem die Gasstrahler in der Halle beim Spiegel – es ist verrückt, was sich die einzelnen Leute da zumuten. Ich denke, bei den TBK stehen jetzt wirklich sehr gewichtige Entscheide an, wegweisende Entscheide, wo vieles in einer Auslegeordnung auf den Tisch muss, was man vielleicht zuerst anschauen muss, was wichtiger ist. Viel wichtigere Sachen, wo wir uns festlegen als diese Übertragung. Deshalb sind wir nicht weitergekommen als zu einem Nein zu dieser Vorlage a. Das betrifft nur Teil a. Zu b. wird noch jemand anderer sprechen.

**GR Dufner:** Aus der CVP-Fraktion darf ich Folgendes mitteilen: Wir haben die Vorlage auch sehr intensiv diskutiert. Von einzelnen Mitgliedern in der Fraktion wurde darauf hingewiesen, dass die Nutzung der jetzt bestehenden Gebäude für die TBK an und für sich schlecht ist, dass man am Standort in dieser Zone eigentlich mehr machen können sollte, dass man dort vielleicht auch ein mehrstöckiges Gebäude errichten sollte, Wohnen und Gewerbe verbinden. Es wurde diskutiert, dass die Motivation für den Kauf des Grundstücks ja vor allem darin begründet war, dass man ursprünglich die Busse dort unterbringen wollte. Diese Unterbringung fällt ja zwischenzeitlich weg, und wenn man das Grundstück jetzt ohne die Busse anschaut, muss man sagen, ist es natürlich sehr grosszügig bemessen für die Bauvorhaben, welche die Technischen Betriebe da realisieren können müssen. Die Fraktion ist der Meinung, dass man im Rahmen des Planungsprozesses das schon sehr gut aufzeigen muss, wie und was man macht und wo man allenfalls auch noch entsprechende Reserven für andere Nutzungen schaffen kann, wie es eben in der Botschaft auch gesagt wurde. Der Bedarf der Technischen Betriebe ist allerdings ausgewiesen. Es war der Fraktion ganz wichtig, dass man das sieht. Wir finden einfach, dass der Standort gut ist, weil man den administrativen Teil mit dem, was hier ergänzt werden muss, verbinden kann. Andere Standorte, die so gut geeignet sind, wir haben es gehört, gibt es in der Stadt Kreuzlingen nicht. Daher ist die CVP-Fraktion einstimmig zum Schluss gekommen, dass wir die Botschaft gutheissen werden, und zwar sowohl lit. a) als auch lit. b).

**GR Troll:** Die FDP/EVP-Fraktion sagt zu Teil b. dieser Botschaft einstimmig Ja. Mit CHF 200'000.– wird sicherlich nichts vergoldet, sondern wirklich nur gerade das Nötigste gemacht, um den Betrieb weiterzuführen. Man soll auch gerade nur das Nötigste machen, weil man ja nicht weiss, was mit der Liegenschaft passiert und ob es nicht gescheiter ist, sie abzureissen und etwas Neues zu bauen.

**SR Beringer:** Als Erstes möchte ich GR Dufner danken, er hat mir genau aus dem Herzen gesprochen. Ich möchte auch der FL noch etwas mit auf den Weg geben. Wir haben uns sehr wohl überlegt, wo in Kreuzlingen wir uns niederlassen wollen und wo



wir unsere Abläufe verbessern wollen. Das können wir nicht, indem wir in ein frei werdendes RAZ gehen oder allenfalls in die Strabag. Die ganze frei werdende Halle des RAZ wird von der Bauverwaltung genutzt werden, dort drin haben wir nichts verloren, da können wir nichts machen. Und auch für das Strabag-Areal bestehen andere Pläne. Wir sind felsenfest der Auffassung, dass der Standort an der Nationalstrasse 27 und neu Nationalstrasse 28 der richtige Standort ist. Wir können unsere Betriebsabläufe dort wirklich verbessern. Wir haben wesentlich kürzere Wege. Jetzt müssen wir wegen jeder Kleinigkeit zur Halle an der Seetalstrasse fahren. Jetzt haben wir alles beieinander, und es macht auch Spass, den Leuten zuzuschauen, wie sie jetzt die alte Halle ausräumen und die neue Halle einräumen. Es ist wirklich sinnvoll, dass wir uns den jetzigen Standort sichern, indem wir das Grundstück aus dem Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen der Technischen Betriebe überführen.

**GR Wolfender:** Wenn es so klar ist, dass ihr von der TBK dort am Standort an der Nationalstrasse 28 eure Halle machen wollt und was dort drin passiert, hätte ich mir mit dieser Vorlage eine konkretere Darlegung gewünscht. So kann ich es nicht sagen. Ich habe es nur im Forecast gesehen, wie viel es insgesamt kosten soll und das habe ich damals bei der Rechnung der TBK schon gesagt, dass mir dies für eine reine Lager- und Werkstatthalle ein enormer Betrag erscheint.

**STP Netze:** Ich möchte gern noch einige Ergänzungen zu Kollege Beringer machen und auch gleich an das anknüpfen, was gerade gesagt wurde. Bis jetzt, und das ist zu Recht so, geniessen die Technischen Betriebe grosses Vertrauen hier drin. Jedes Mal bei Rechnungen und bei Budgets wird gesagt, wie gut geplant und wie gut gearbeitet wird. Und die genau gleichen Leute haben sich nun Gedanken darüber gemacht, was wir in Zukunft brauchen, welches der beste Standort ist. Und diesen haben sie, das ist ein Glücksfall, gerade auf der anderen Strassenseite gefunden. Bereits seit einem Jahr macht man sich diese Überlegungen. Aber man hat noch keine Detailplanung gemacht, denn wenn aus irgendeinem Grund nicht gewünscht ist, dass man dorthin geht, wenn man Nein zu diesem Geschäft sagt, hätte man die Planungen in den Sand gesetzt und das wollen wir ja nicht. Also hat man gesagt, man will zuerst die Voraussetzungen schaffen, damit man seriös planen kann. Dann ist auch die Investition in die Planung am richtigen Ort. Es wurde gesagt, man könnte die Technischen Betriebe ja ganz oder teilweise ins Stadthaus nehmen. Wir müssen aufpassen. Wir hatten eine Botschaft, und dort drin sagten wir jedes Mal, sowohl im Gemeinderat als auch dem Volk, dass die ganze Vorlage das Stadthaus ohne Technische Betriebe ist. Jetzt können wir nicht hinterher sagen, wir machen alles anders. Sonst könnte man viel anderes auch noch ändern. Das darf man und will man auch nicht. Das Landkreditkonto ist dazu da, damit man flexibel und rasch auf Situationen reagieren kann. Von dem her gesehen hat es nie genug Reserven drin. Nach Abzug dieses Betrags hat es noch weniger als CHF 6 Mio. frei verfügbare Reserven drin, die man einsetzen kann. Die Aussage von SR Beringer war, im Moment gibt es gerade kein konkretes Projekt, das wir im Auge haben, wofür wir das Landkreditkonto einsetzen müssten. Aber das kann bereits morgen anders sein. Und übermorgen kann nochmals etwas kommen, wo es sehr wichtig wäre, dass wir etwas für die Stadt über das Landkreditkonto sichern und danach der richtigen Nutzung zuweisen können. Man kann also nicht sagen, es ist genug auf dem Landkreditkonto, wir behalten es noch ein bisschen. Nein, man hat so gesehen nie genug, denn das ist eine strategische Reserve, die man situativ rasch und auch ungeplant einsetzen können muss. Daher ist die Aussage, dass es das gar nicht braucht, dass man das Konto nicht leeren muss, falsch. Ich bitte Sie, das auch

zu erwägen, wenn sie nachher darüber abstimmen.

**GR Hummel:** Wenn ich das Reglement des Landkreditkontos anschau, hätte man in meinen Augen diese Liegenschaft, da man von Anfang an wusste, dass man sie als Verwaltungsliegenschaft braucht, gar nicht über das Landkreditkonto erwerben dürfen, sondern man hätte den ordentlichen Weg gehen müssen. Der Zweck des Landkreditkontos ist zur Förderung einer planmässigen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung innerhalb des Gemeindegebiets, soweit es im öffentlichen Interesse liegt. Nicht umsonst heisst es auch, im Landkreditkonto erworbene Liegenschaften gehören zum Finanzvermögen. Ich glaube, es war also da schon ein Grenzfall. Ich hätte allerdings nichts gesagt, wenn du das nicht angesprochen hättest.

**GR Rink:** Ich habe zwei Gründe, warum ich euch bitten möchte, den Rückweisungsantrag zu unterstützen. Das Erste ist der Standort. Wir haben am Montag zum ersten Mal davon gehört, dass das RAZ auszieht. Vielleicht wussten es einige von euch schon vorher. Das ist doch ein idealer Standort, um alles Material der Technischen Betriebe dort zu lagern. Wir haben in der Botschaft nie irgendetwas davon gehört, dass diese Möglichkeit geprüft worden wäre. Ich arbeite in Amriswil auf dem Areal der Technischen Betriebe in einem Büro. Das ist einfach in einem Wohnquartier wie an der Nationalstrasse. Die Lärmemissionen, die kommen mit Lastwagen, mit riesigen Kabelrollen, mit Schalttafelkasten, Trafostationen, mit Riesenbetonsockeln – das ist ein Riesenkrach. Ich kann mir nicht vorstellen, dass in einem Wohnquartier dann nicht dauernd Reklamationen kommen. Es hat wirklich Wohnungen nebenan. Das war das Erste, wo wir am Montag fanden, das ist ein idealer Standort. Ich möchte auch noch gern wissen, warum die Bauverwaltung dort die ganzen Hallen des RAZ braucht. Da hätte man sicher die Möglichkeit. Und das mit der Integration der Büros im Stadthaus: Ich kann mich erinnern, dass es immer hiess, man wolle dem Bürger ermöglichen, alle seine Geschäfte an einem Standort zu erledigen. Die Büros der Projektleiter müssen nicht unbedingt dort sein, aber das, was der Bürger erledigen können muss, soll doch sehr wohl an einem Ort sein. Sonst müsst ihr ja jedes Mal dem Bürger sagen, sie müssen dafür an die Nationalstrasse hinaus. Das leuchtet mir nicht ein. Wir haben ja im Stadthaus auch noch Reserveflächen, es gibt sicher Büros, wo man sagen kann, das geht dort hinein und der Rest geht zum Werkhof, zur Stadtgärtnerei und zum Areal dort unten.

**SR Zülle:** Ich möchte zwei, drei Sachen dazu sagen. Zum Landkreditkonto, dass es irgendwie fast falsch gelaufen sei. Man muss einfach wissen, wenn solches Land frei wird, muss man reagieren. Man muss schnell reagieren, man kann nicht erst noch eine Botschaft machen und noch einige Monate warten. Es gibt andere, die mitbieten, die dieses Land auch wollen, und entweder man reagiert und sichert sich strategisch so eine Landparzelle, oder man lässt es bleiben. Alles andere ist Gugus. Wir haben genau aus diesem Grund ein Landkreditkonto, damit die Exekutive schnell reagieren und mitbieten und solches Land sichern kann. Wie man es verwendet, ist natürlich im öffentlichen Interesse. Es ist im öffentlichen Interesse, wenn man etwas für die Stadt macht. Es ist auch ein öffentliches Interesse, wenn man etwas für Gewerbe und Industrie macht. Wenn wir so etwas sichern und damit einen Gewerbebetrieb oder eine Industrie heranziehen, ist das strategisch wichtig und im öffentlichen Interesse. Das Landkreditkonto wurde absolut richtig verwendet, das muss ich jetzt einfach betonen und das soll man nicht in Zweifel setzen. Das andere ist, wir könnten es unten im RAZ machen, wenn das RAZ weggeht. Man muss einfach die Grössen anschauen und

man muss auch wissen, dass der Werkhof, die Bauverwaltung und die Stadtgärtnerei natürlich auch aus allen Nähten platzen. Das war auch der Grund, warum man sagte, wir müssen das RAZ entweder auslagern oder den Werkhof vergrössern. Es gibt dort in der Nähe noch eine Parzelle, die uns gehört. Es wäre aber schade, wenn man diese hätte antasten müssen. Darum waren wir sehr froh, dass die ganze Geschichte mit dem Strabag-Areal kam, und auch da musste man wieder mit dem Landkreditkonto reagieren. Wir mussten Verhandlungen führen, da es weitere Bieter gab. Da muss man schnell reagieren und das Land sichern. Wir konnten einen Teil des Strabag-Areals sichern, und es wird dort für das RAZ genügend Platz haben. Unsere Stadt ist in den letzten Jahren gewachsen und das heisst, dass die Bedürfnisse der Stadt steigen, nämlich jene, die für die Stadt arbeiten, die jetzt Schnee räumen und salzen, die ihre Geräte brauchen, Platz brauchen. Und irgendwann brauchen sie vielleicht wieder mehr Platz. Man kann nicht einfach das Gefühl haben, wir bleiben immer gleich klein. Die Stadt wird grösser und die Verwaltung und alle, die im Werkhof arbeiten, die bei den TBK arbeiten, bleiben immer gleich. Nein, es wird auch da ein gewisses Wachstum von Nöten sein. Man wird neue Maschinen brauchen und so weiter, das ist unumgänglich. Es ist nun so, dass die TBK sehr genau geschaut haben, wie viele Quadratmeter, wie viele Kubik sie brauchen, um ihre Sachen verstauen zu können. Wir schauen auch nicht nur für das nächste Jahr, sondern auch für die weiteren Jahre. Was ist möglich, was ist ausbaufähig? Und genau das haben die TBK gemacht und eine gute Wahl getroffen. Es ist alles richtig abgelaufen, das möchte ich einfach sagen. Ich hoffe, dass heute Abend hier ein Ja zu diesen zwei Begehren a. und b. kommt. Es ist eine wichtige Geschichte für die TBK. Helfen Sie bitte mit.

**GR Moos:** SR Zülle hat es gesagt, die Stadt ist gewachsen. Das stimmt bevölkerungsmässig, flächenmässig ist sie nicht gewachsen, da ist sie nämlich immer noch genau gleich gross. Das heisst, es wird in der Stadt enger. Was ich in dieser Botschaft vermisste, Kollege Wolfender hat es gesagt, eine Abhandlung über die weitere Zukunft der TBK und vor allem sind gar keine Optionen aufgeführt. Ich sehe nicht, was man alles geprüft hat und wie man es geprüft hat. Ich möchte dem Stadtrat die Gelegenheit geben, die Sachen in einer neuen Botschaft so darzulegen, wie wir es gefordert haben, damit er die von uns erwähnten Punkte prüft. Daher bitte ich Sie, dem Antrag der FL/RB zuzustimmen und den Punkt a zurückzuweisen.

**STP Netzle:** Ich muss leider nochmals das Thema Landkreditkonto aufgreifen und alternativen Fakten, die hier verbreitet wurden, entgegentreten. Es geht nämlich darum, dass man das Reglement liest, GR Hummel. Dort steht in Art. 8 Abs. 2: „Grundstücke, die gänzlich oder teilweise für Zwecke der Stadt verwendet werden, sind durch Beschluss von der nach der Gemeindeordnung zuständigen Behörde in das Verwaltungsvermögen der Gemeinde zu überführen.“

**GR Hummel:** Es kann ja schon sein, dass man einmal eine Liegenschaft gekauft hat und dann irgendwann zum Schluss kommt, dass sie für einen Verwaltungsbau herangezogen werden könnte. Aber „Zweck“ definiert den Zweck des Landkreditkontos: „...zur Förderung einer planmässigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung ... innerhalb des Gemeindegebiets, soweit dies im öffentlichen Interesse liegt.“ Ich denke an Firmenansiedlungen, ich denke an irgendwelche Umzonungen, Ersatzfläche für irgendetwas schaffen. So verstehe ich es. Dass man irgendwann eine Liegenschaft für ein Verwaltungsgebäude brauchen kann, ist schon klar. Aber wenn man es schon mit dem Vorsatz kauft, dass es für die Verwaltung sein soll, ist für mich ein Erwerb

über das Landkreditkonto immer noch fragwürdig.

**GR Ruedi Herzog:** Ich hätte noch gern von GR Hummel eine Erklärung, was der Widerspruch sei. Was du zitiert hast „im öffentlichen Interesse“, ist nicht bloss der Kauf einer Liegenschaft, die man dann an einen Industriebetrieb verkauft, sondern das ist doch genau das, worum es jetzt geht. Warum soll das nicht im öffentlichen Interesse sein? Ich sehe diesen Widerspruch überhaupt nicht.

**GR Hummel:** Das Indiz für mich ist, wenn man eine Liegenschaft über das Landkreditkonto kauft, dass das automatisch im Finanzvermögen ist. Im Finanzvermögen heisst nicht für Verwaltungszwecke.

**GR Hebeisen:** Ich verstehe den Sinn dieser Diskussion gar nicht ganz. Oder ist es so, dass die Firma Spiegel das Grundstück zurückkaufen will? Vielleicht habe ich da nicht genügend Informationen. Es ist im Landkreditkonto drin, diese Diskussion können wir auch ein anderes Mal führen. Die Frage ist nicht, ob es zu Recht dort drin ist, sondern die Frage ist, ob es zu Recht dort drin bleibt. Da bin ich eben der Meinung, dass es nicht zu Recht dort drin bleibt, dort gehört es nicht hin. Der Stadtpräsident hat mir bereits die Aufgabe abgenommen, die Bestimmung zu zitieren. Es ist ganz klar, aus dem Landkreditkonto muss das Zeug wieder hinaus, wenn es nicht für den Handel verwendet werden soll. Und wenn es zum Zweck der Verwaltung verwendet werden soll, gehört es ins Verwaltungsvermögen. Man kann jetzt noch über „dauerhaft“ diskutieren. Was ist dauerhaft? Das steht zwar gar nicht so im Reglement, aber Kollege Dufner hat das erwähnt. Wir können doch ehrlich sein. Diese Liegenschaft wird dauerhaft den TBK zur Verfügung stehen. Die Verknüpfung mit einem Neubauprojekt sehe ich überhaupt nicht. Erstens wird es Jahre dauern, bis so eines vorliegt und das ist schon dauerhaft. Mehrere Jahre ist dauerhaft. Und zweitens ist für den Stimmbürger überhaupt nicht mehr verständlich, wenn es mit einem Neubauprojekt verknüpft wird. Es ist auch möglich, dass ein Neubauprojekt aus finanziellen oder architektonischen Gründen abgelehnt wird, aber der Stimmbürger an sich der Meinung ist, dass es richtig ist, dass die TBK dort drin weiter wirtschaften. Ob es zu Recht dort drin ist oder nicht, lassen wir einmal dahingestellt. Es gehört nicht dort hinein und daher nehmen wir es heraus. Um eine gewisse Brücke zu bauen: Klar hat der Gemeinderat in diesem Zusammenhang, wenn man darüber entscheiden muss, ob man es ins Verwaltungsvermögen nimmt, im Hinblick auf die vorausgesetzte Dauerhaftigkeit einen gewissen Anspruch darauf, dass man vollständige Grundlagen hat. Ich kann bereits ankündigen, ich werde jetzt gegenüber meiner Fraktion fahnenflüchtig. Ich lobe immer die Leute, die während der Gemeinderatssitzung ihre Meinung ändern, denn deshalb sind wir ja hier, nicht einfach um alles wiederzugeben, was wir in der Fraktion beschlossen haben. Mich hat es überzeugt, was die FL gesagt hat. Man kann es ein bisschen besser darstellen. Man muss es nicht mit einem Neubauprojekt verknüpfen, aber man kann es von der Exekutive her ein bisschen besser darstellen, was die TBK wollen. Man kann auch Zonen ausscheiden und sagen, weshalb diese nicht infrage kommen. Ich werde daher der Rückweisung zustimmen, um dem Gemeinderat nochmals eine Chance zu geben, es nochmals zu bringen und im Hinblick auf die Begründung, wie es zu Recht gesagt wurde, dann eben ein bisschen besser. Was gar nirgends hinführt und sicher total in die falsche Richtung und auch zu einem falschen Ziel führt, ist ein Nein. Was heisst ein Nein? Das ist die Botschaft an den Stadtrat, ihr müsst die Liegenschaft im Landkreditkonto lassen. Damit verletzen wir aber genau das Demokratieprinzip. Wenn man es für die Zwecke der Stadt verwendet, gehört es

nicht dort hinein und dann hat der Stimmbürger das Recht, und das darf man nicht ganz vergessen, darüber zu entscheiden, was mit dieser Liegenschaft passieren soll. Es sind ja nicht wir, die es entscheiden, sondern es ist der Stimmbürger. Und ich traue dem Stimmbürger zu, dass er darüber entscheiden kann, ob es sinnvoll ist, dass die TBK dort in Zukunft etwas machen. Aber dass natürlich auch der Stimmbürger gute Grundlagen braucht, ist auch klar. Ich bin also der Meinung, es gehört nicht ins Landkreditkonto, aber ich werde den Rückweisungsantrag unterstützen, damit es am Schluss ein bisschen gescheiter daherkommt.

**GR Brändli:** Ich sehe es gleich wie Kollege Hebeisen und werde ebenfalls den Rückweisungsantrag unterstützen, auch aus den Gründen, die von GR Wolfender bereits genannt wurden. Wir müssen erst wissen bzw. die TBK selber müssen erst die Grundlagen erarbeiten und eine Analyse machen, was sie genau in Zukunft auf dem bestehenden Areal, wo die TBK jetzt sind, machen wollen. Dort gibt es Altbauten, ich nenne den Bereich der ehemaligen Wohnung Stockburger, die in einem ganz schlechten Zustand ist, die man vielleicht abrechen und eine Halle aufstellen kann. Ebenso der Bereich Spiegel-Areal genau analysieren. Was können wir dort machen, was nicht? Dann natürlich in gewisser Weise auch Einbezug des Werkhofs. Früher war einmal das Thema, den Werkhof bei den TBK zu integrieren, das wurde richtigerweise zur Seite gelegt, weil der Werkhof so stark gewachsen ist. Es ist für mich auch keine Option, irgendwelche Bereiche der Verwaltung ins Stadthaus zu tun, denn die Wege müssen kurz sein und es ist sicher so, dass die Verwaltung der Technischen Betriebe und die, die draussen arbeiten, sehr nahe zusammen sind. Das ist für mich richtig, es soll so bleiben, wo es ist. Aber eventuell besteht ja auch die Möglichkeit, dass man alles, was man will, auf dem bestehenden Gelände bauen kann und vielleicht das Spiegel-Areal gar nicht braucht. Oder man braucht es, aber dafür braucht es Grundlagen und eine tiefgründige Analyse, was man machen will und was nicht. Bis das nicht gemacht und dem Gemeinderat oder einer Kommission vorgestellt wurde, bin ich absolut für eine Rückweisung. Macht die Hausaufgaben und kommt dann wieder.

**GR Leuch:** Es ist interessant, ich habe vorhin noch einen Satz gelesen, dass man es im Fall einer Ablehnung als Übergangslösung brauchen könnte. Ich denke, was wir jetzt machen, die Sachen dort einlagern, kann nur eine Übergangslösung sein. Wenn wir heute nicht einfach so schnell Ja sagen, ist es gut, wenn wir auch einen gewissen Druck aufbauen, damit man mit den Gebäuden vorwärtsmacht und das Zeug anschaut und klare Pläne macht, die Leute informiert und eine Botschaft bringt, was man alles machen will. Das ist dringend.

**Der Ratspräsident:** Wir machen jetzt die Detailberatung. Für den Rückweisungsantrag, der noch nicht offiziell gestellt worden ist, haben wir immer noch Zeit.

### **Materielle Beratung**

*Die Botschaft wird seitenweise durchberaten.*

### **S. 6, 3.1 Beschrieb**

**GR Moos:** Ich habe eine Anmerkung zur Beilage 2. Wir haben es vorhin gehört, die Stadt ist gewachsen, es wird enger, mehr Menschen, unter Umständen müssen wir

die Schule vergrössern. Wir sehen, dass östlich das Wehrli an die Parzelle der TBK anschliesst. Man könnte sich vielleicht auch überlegen, inwiefern es Sinn macht, bei einem Filetstück in Kreuzlingen zusammen mit der Schule andere Lösungen zu finden, zum Beispiel wenn es notwendig ist, das Wehrli zu vergrössern, sofern es betrieblich geht, dass man die Technischen Betriebe an einem anderen Ort platzieren würde. Das sind alles Anregungen, die man aus unserer Sicht bei einer Neuauflage dieser Botschaft prüfen könnte.

### **Rückkommen**

**GR Wolfender:** Ich gehe davon aus, dass ich den Rückweisungsantrag jetzt stellen muss. Ich stelle hiermit den **Antrag zur Rückweisung** von Punkt a., CHF 3,4 Mio. für die Überführung der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 vom Finanzvermögen ins Verwaltungsvermögen zuhanden einer Präzisierung durch den Stadtrat, was sie mit dem Land wirklich machen wollen, oder die TBK, wer auch immer.

**Abstimmung:** Der Rückweisungsantrag zum Kreditbegehren von a. CHF 3'408'736.– für die Überführung der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 vom Finanzvermögen (Landkreditkonto) in das Verwaltungsvermögen der Technischen Betriebe Kreuzlingen (TBK) zuhanden der Volksabstimmung wird mit **25 Ja-Stimmen** gegen 9 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **angenommen**.

**Abstimmung:** Die stadträtliche Vorlage b. CHF 200'000.– für Umbaumaassnahmen der Liegenschaft Parzelle Nr. 161 für die betriebliche Nutzung durch die TBK **wird einstimmig genehmigt**.

- 
3. Genehmigung des Reglements über die öffentliche Sicherheit und Ordnung der Stadt Kreuzlingen (Sicherheitsreglement) / 2. Lesung - Fortsetzung der Behandlung

**GR Ruedi Herzog:** Die SP-Fraktion hat sich erneut mit dem Traktandum Sicherheitsreglement auseinandergesetzt. Bei den Vorbereitungen sind wir aber auf grosse Probleme gestossen. Nach dem Abbruch der Diskussion in der Dezembersitzung des Gemeinderats, wo wir die Vorlage abgelehnt hätten, wäre es dringend nötig gewesen, eine synoptische Darstellung über den bisherigen Stand der Entscheide vorzulegen. Eine solche Darstellung fehlt. Die Grundlage für eine fortgesetzte und erneute Diskussion im Rat ist schwierig. Was haben wir im Moment für Grundlagen? Wir haben eine stadträtliche Botschaft, wir haben Abänderungsanträge aus der AuA, wir haben Abänderungsanträge aus dem Stadtrat mit zwei Tischvorlagen, wir haben Entscheide und Änderungen aus dem ersten Teil der zweiten Lesung, welche nur im Protokoll vorliegen. Auf welcher Grundlage führen wir jetzt diese weitere Diskussion? Man stelle sich vor, bei der Behandlung der offenen Artikel kommen wir an einen Punkt, wo man ein Rückkommen auf einen bestehenden Artikel machen will. Nun müsste ich die Botschaft des Stadtrats nehmen, die beiden Tischvorlagen, das Protokoll der letzten Sitzung und dort schauen, was eigentlich der aktuelle Stand ist, auf den ich zurückkommen möchte. Das ist eine sehr schwierige Ausgangslage. Wenn ich im Protokoll vom Dezember nachlesen muss, wann man was zu welchem Artikel beschlossen hat,

ist das extrem mühsam und unübersichtlich. Ich erinnere mich gern an die Sitzungen der Spezialkommission „Neue Gemeindeordnung“ unter der Leitung von Kollege Dufner, wo wir Sitzung für Sitzung immer wieder eine synoptische Darstellung erhalten haben, die genau den Stand nach Ende der letzten Sitzung wiedergegeben hat und wo zu sehen war, aha, letztes Mal haben wir Artikel 46 so und so geändert, das ist nun aktueller Stand der Dinge und der Beschlüsse. Uns liegt als Urheber dieser Diskussion über das Sicherheitsreglement sehr viel daran, dass das effizient behandelt werden kann und dass endlich die längst fällige und verlangte Rechtsgrundlage geschaffen wird. Das aber darf auf keinen Fall zulasten der Qualität der Debatte und der Behandlung im parlamentarischen Betrieb gehen. Die SP-Fraktion stellt daher den Antrag, die Behandlung des Traktandums auf die nächste Gemeinderatssitzung zu verschieben und eine synoptische Darstellung des aktuellen Stands der Behandlung zu verlangen.

**GR Neuweiler:** Im Grundsatz hat GR Herzog natürlich recht, das wäre sehr mühsam. Dies ist die erste Übereinstimmung. Ob weitere kommen, weiss ich nicht. Wir haben das Sicherheitsreglement an der Fraktionssitzung auch noch einmal sehr intensiv diskutiert. Die Delegation an den Sicherheitsdienst braucht es, ein Videoreglement müssen wir auch regeln, den Rest kann man aus unserer Sicht streichen. Wenn wir heute weiterberaten, werden wir relativ zügig unseren Grundsatzentscheid darlegen und sofort einen Rückweisungsantrag stellen. Man kann es auch auf die Märzszitzung verschieben, dann werden wir ihn dort stellen, aber wenn die Mehrheit heute für eine Rückweisung ist, kann man das Thema heute beenden. Der Stadtrat kann es relativ rasch wieder bringen und dann hätten wir ein Reglement, welches auch schnell in Kraft gesetzt werden kann.

**GR Hebeisen:** Ich möchte den Antrag von GR Herzog unterstützen, was ja nicht erstaunt, da ich in der gleichen Fraktion bin. Aber auch als Kommissionspräsident fand ich es elend mühsam. Und nun möchte ich etwas sagen: Das ist überhaupt keine Kritik an den Stadtrat oder an den Stadtschreiber. Man hätte es so machen können. Wenn eine Beratung abgebrochen und später fortgesetzt wird, ist er nicht verpflichtet, eine synoptische Darstellung zu liefern. Das möchte ich mit aller Deutlichkeit festhalten. Aber in den Vorbereitungen fand ich es extrem mühsam. Ich bin bald nicht mehr drausgekommen, worüber wir genau sprechen. Welches ist die Grundlage, welches sind die Abänderungen, wann sind diese Abänderungen aufgrund wovon hereingekommen und welche Anträge sind noch offen? Nur um Art. 15 zurechtzubasteln, wie er jetzt nach der letzten Beratung aussieht, habe ich erhebliche Zeit aufgewendet. Dann haben wir die Anträge Dufner. Am Schluss habe ich es aufgegeben, die sind gutgeheissen und die waren auch gut, aber sie am korrekten Ort ins Reglement zu integrieren, ist mir schlichtweg nicht gelungen. Und jetzt Hand aufs Herz: Rückweisung hin oder her, darüber müssen wir nicht sprechen, aber auch für eine Rückweisung sollte man an sich eine saubere Grundlage haben. Sonst ist es nämlich eine Dienstverweigerung und nicht eine Rückweisung, indem man sagt: Interessiert mich sowieso nicht, zurück an den Absender. Es ist ja überhaupt nicht in unserem Interesse, die Vorlage noch einmal zu verschieben. Wir möchten das Reglement ja. Aber wir sind verzweifelt und ich auch. Ich wollte mich vorbereiten, denn als Kommissionspräsident hast du ja immer die Befürchtung, dass du über irgendetwas genauere Auskunft geben musst, was mir erwartungsgemäss teilweise gar nicht möglich wäre, da ich es nicht richtig zusammenbringen konnte. Ich würde euch beliebt machen, dass man es ausnahmsweise verschiebt. Schon der Abbruch war eine Ausnahme, aber

damit wir saubere Grundlagen haben. Das wären dann zwei, drei Blatt Papier, die jeder vor sich hinlegen und sehen kann, was bereits beschlossen ist und wo noch Anträge sind. Dann können wir entweder sauber zustimmen, sauber ablehnen oder dann sauber rückweisen.

**GR Salzmann:** Ich weiss nicht, ob der Antrag durchkommt oder nicht, aber wenn wir schon zwei Monate Verzug haben, möchte ich darum bitten, dass der Stadtrat sich auch noch einmal Gedanken über Art. 36 Personenkontrolle macht, welcher derzeit ja im gestrichenen Zustand erscheint. Ich glaube, das ist für eine Rückweisung oder eine Nichtrückweisung sehr matchentscheidend. Der Stadtrat möge sich Gedanken dazu machen, wie er zu diesem Artikel steht, mit einem neutralen juristischen Gutachten und nicht einem politischen, wie wir es in der letzten Sitzung gehört haben. Das ist sehr matchentscheidend, ob das Reglement schlussendlich politisch überlebt oder nicht. Und wenn es juristisch tatsächlich so sein sollte, wie Kollege Hebeisen es in der vorletzten Behandlung sagte, muss man sich auch die Frage stellen, was die privaten Sicherheitsdienste bringen, wenn sie nichts machen können. Ich bitte den Stadtrat, sich das noch einmal strategisch und konzeptionell zu überlegen, inwieweit es sinnvoll ist. Falls die Verschiebung kommt, wäre ich froh, wenn zusätzlich auch noch diese Information käme, dann hätten wir sicher etwas zu Art. 36, worüber wir besser und mit mehr Fundament diskutieren können.

**GR Hebeisen:** Dagegen spricht an sich nichts. Ich finde es auch sinnvoll. Abgesehen davon hat das nicht GR Hebeisen gesagt, sondern die Kantonspolizei. Ich habe mich doch ein bisschen vorbereitet, in diesem Punkt ist es mir gelungen. Nach dem Protokoll unserer Kommissionssitzung hat GR Brändli gefragt: „Wurde der Artikel 36 auch mit der Kantonspolizei besprochen?“ SR Beringer: „Ja, niemand ausser die Kantonspolizei darf Personenkontrollen durchführen.“ Das war also nicht ich, sondern SR Beringer – ich vielleicht im Gemeinderat. Aber wir müssen nun aufpassen, dass wir nicht materiell eintreten, daher sage ich dazu nicht mehr. Selbstverständlich steht es dem Stadtrat frei, diese Abklärungen zu machen. Ich finde es sogar wünschenswert, denn der Gemeinderat hat Anspruch darauf, über so zentrale Fragen genau informiert zu werden. Daher bin ich noch einmal aufgestanden. Ich möchte einfach nicht einen anderen Antrag stellen. Aber es spricht natürlich nichts dagegen, wenn SR Beringer sich da noch einmal schlau macht und uns an der nächsten Sitzung Auskunft geben kann. Der Antrag darf natürlich nicht mehr abgeändert werden, weil es die Fortsetzung einer abgebrochenen Beratung ist, aber auch das würde ich unterstützen, der zuständige Stadtrat soll sich dazu noch ein bisschen schlau machen. Dann haben wir auch da eine saubere Grundlage.

**GR Brändli:** Würde es betreffend einer sauberen Grundlage nicht Sinn machen, dass ihr euren Antrag so abändert, dass ihr sagt, sie sollen im Herbst wieder kommen? Denn einleitend im Protokoll haben wir ja das wegen des Konkordats gehört, wozu wir bisher auch nie eine schriftliche Unterlage bekommen haben. Das können wir ja erst wieder im April. Dann sind wir im März und haben die nächste Sitzung. Das andere ist dann ja auch noch nicht geklärt vom Kanton oder wer auch immer es macht. Daher wäre es doch gescheiter, euren Antrag so abzuändern, dass ihr sagt, kommt bitte im September wieder. Es hat ja Zeit. Es kommt nicht darauf an, Cyrill. Ihr könnt euch ja trotzdem auf die Schulter klopfen. Sonst kommt ohnehin eine Rückweisung und das wollen wir ja auch nicht unbedingt. Also ändert doch bitte euren Antrag ab und sagt, kommt im Herbst wieder. Das macht Sinn.



**GR Ruedi Herzog:** Wir ändern unseren Antrag nicht ab.

**GR Dufner:** Ich bin ja bekanntlicherweise auch Jurist wie Kollege Hebeisen. Wir haben gehört, Kollege Hebeisen hatte heute grösste Mühe, beim Vorbereiten den Überblick zu bewahren. Ich habe mich gar nicht mehr vorbereitet, weil ich den Überblick eh schon verloren habe und weil es für mich klar ist, dass wenn wir das durchberaten haben und wenn es noch darum geht, dass man in einzelnen Punkten noch die Meinungen der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte abholt, ob man wegen der Raketen oder weiss der Kuckuck was etwas in diesem Reglement drin haben will oder nicht, dass man es dann zwingend zurückweisen muss. Ich könnte so einer Vorlage zumindest nicht zustimmen, auch wenn ich noch zwei oder drei Unterlagen bekomme, eine synoptische und noch ein Protokoll und so weiter. Ich kann mir nicht vorstellen, obwohl ich darin ein bisschen geübt bin, dass ich da wirklich den Überblick in der nächsten Beratung behalten kann. Und ich meine auch, wir hatten überall noch einzelne Abänderungsanträge, wo irgendjemand sagte, aber ich finde, man sollte statt zwei Stunden nur eine Stunde etc. Keiner hat geprüft, ob das dann übereinstimmt mit der Bestimmung, die weiter hinten kommt oder ob sich das widerspricht. Und das muss nun jemand einfach noch machen. Ich habe noch selten eine Vorlage gesehen, wo es so viele Änderungen gab wie bei dieser. Da bin ich der Meinung, das ist nicht seriöse Ratsarbeit, wenn wir das Gefühl haben, wir seien in der Lage, am Schluss darüber abzustimmen und ein sauberes Gesetz zu machen, wo dann der Bürger von Kreuzlingen weiss, was er darf und was er nicht darf. Das kann ich mir nicht vorstellen. Daher geht es für mich nur um zwei Fragen: Will man gleich sagen: Jetzt rückweisen, weil man sagt, man will es gar nicht mehr aufnehmen. Oder sagt man, man berät die zweite Lesung zu Ende und nimmt die Änderungen noch hinein und dann muss man es aus meiner Sicht zurückweisen, zumindest werde ich dann diesen Antrag stellen, wenn es niemand anderer macht.

**Abstimmung:** Der Antrag auf Verschiebung des Traktandums **wird mit 17 Ja-Stimmen** gegen 17 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung **durch Stichentscheid des Präsidenten angenommen.**

---

## Verschiedenes

### 4. Verschiedenes

**Der Ratspräsident:** Die SVP Kreuzlingen hat folgende schriftliche Anfrage eingereicht:

- 4.1 Schriftliche Anfrage „Case Management für säumige KK - Prämien Bezahler“
- 4.2 Beantwortung der schriftlichen Anfrage zur Sanierung der Schifffahrtsgesellschaft

**Der Ratspräsident:** In der Einladung ist eine Beantwortung des Stadtrats bezüglich „Sanierung der Schifffahrtsgesellschaft Untersee und Rhein“ dabei.

**GR Schläfli:** Ich bedanke mich für die Beantwortung dieser Anfrage. Ich bin nicht mit allem einverstanden, aber weil sich die Sache schon vor Weihnachten einigermaßen befriedigend erledigt hat, verzichte ich auf eine vertiefte Beantwortung der Antwort.

#### 4.3 Reinigung Hafenaereal am Neujahrstag

**GR Hummel:** Am 1. Januar habe ich im schönen Hafenaereal einen Spaziergang gemacht, nicht so früh am Morgen. Ich habe mir eigentlich abgewöhnt, mich fremdschämen, aber da musste ich das doch ein bisschen. Es sah einfach grässlich aus. Überall lagen abgebrannte Feuerwerkskörper, Papier und sonstiger Abfall herum. Es sah schlimm aus. Am 2. Januar war ich wieder dort unten, es sah immer noch gleich aus. Und dann kam der Schnee und versteckte den Abfall gnädig. Jetzt kommt er halt langsam wieder hervor, und es liegt jetzt noch Zeug herum. Ich möchte den Stadtrat bitten, ob man nicht am 1. Januar, das muss nicht morgens um sieben Uhr sein, aber irgendwann im Lauf des Tages eine Equipe der Bauverwaltung vorbeischieken könnte, um die Rückstände zu entfernen. Ich weiss, es ist ein Feiertag, aber Spitäler, Heime und Restaurants, Sportstätten etc. müssen an Feiertagen auch arbeiten. Also möchte ich bitten, das wohlwollend zu prüfen.

#### 4.4 Bericht Einbürgerungskommission (EBK)

**GR Stahl:** Ich hatte Ende Jahr den Auftrag, aus der EBK zu berichten, was mir aus cateringtechnischen Gründen nicht mehr möglich war. Daher hole ich das heute nach. Ganz kurz: Was haben wir letztes Jahr gemacht? Wir haben den schriftlichen Wissenstest überarbeitet. Dieser wurde letzte Woche mit 20 Personen bereits ein erstes Mal durchgeführt. Die Resultate werdet ihr dann über eure Kommissionsmitglieder in der nächsten Sitzung erfahren. Alle Fraktionen konnten bei der Überarbeitung des Tests ihre Meinungen einbringen, und ich glaube, wir sind auf einen wirklich guten gemeinsamen Nenner gekommen. Das Resultat wird sich zeigen. Wir haben uns auch darauf geeinigt, die mündlichen Gespräche in Zukunft anders zu gestalten. Zukunft heisst ab Sommer. Wir haben bis jetzt noch einen alten Stand von Gesuchen, die uns bis im Sommer beschäftigen. Auch hier waren wir bezüglich der Meinungen der Fraktionen, wie so ein Gespräch aussehen soll, sehr wohlwollend gestimmt. Wir hatten eigentlich alle die gleiche Meinung und sind der Überzeugung, dass diese Gespräche in Zukunft kürzer stattfinden sollen. Auch von dort her sind wir auf einen gemeinsamen Nenner gekommen. Was uns aktuell noch beschäftigt und noch ein Traktandum ist, ist die Bearbeitung des Kantonsbürgergesetzes, vielleicht habt ihr dazu auch schon etwas gelesen. Das wird für Kreuzlingen, wie man es momentan abschätzen kann, nicht grosse Auswirkungen haben. Wir haben am 3. Januar eine Vernehmlassung verfasst, der Stadtrat sollte sie nun bekommen, und schickt sie an den Kanton weiter. Auch dort ist etwas am Gehen. Momentan läuft überall etwas, und nun ist ja noch die Abstimmung über die erleichterte Einbürgerung auf Bundesebene. Es wird uns also nicht langweilig. Falls ihr Detailinformationen möchtet, fragt eure Kommissionsmitglieder. Wir sind wie gesagt auf einem guten Weg. Wichtig ist mir, hier nochmals zu erwähnen, dass wir nicht das Reglement geändert haben. Wir haben einfach den Test anders gemacht, und wir haben die mündliche Befragung anders gemacht. Wir haben das Reglement nicht geändert, es nicht schärfer gemacht, wir haben es auch nicht schwächer gemacht, es ist gleichgeblieben. Wir haben die mündlichen Fragen in den schriftlichen Teil integriert und das mündliche Gespräch wird anders gestaltet. Falls ihr also irgendwelche Gerüchte hört – wir haben bereits Anrufe erhal-

ten, wo man sagte, es sei unfair, wir hätten das Reglement geändert. Nein, wir haben es nicht geändert. Meiner Meinung nach sind wir jetzt sogar ein bisschen reglements-konformer unterwegs. Aber das ist vielleicht meine subjektive Meinung.

#### 4.5 Freigabe Ziegeleiweiher

**GR Leuch:** Ich glaube, in den letzten paar Tagen haben wir alle gemerkt, dass es draussen genug kalt ist. Wir lesen heute in der Zeitung, dass es auf dem Knabensee schon fast 2000 hatte. In Amriswil ist das Eisfeld offen, am Seerücken nicht alles, aber eines sicher. Meine Frage ist zum Ziegeleiweiher. Erst einmal die Besitzverhältnisse, die sind für mich eigentlich klar. Dann der Zugang. Was für einen Zugang haben wir noch zum Weiher? Ich denke, das Eis ist genug stark. Wer gibt es frei oder nicht frei? Wie läuft das? Ich finde es schade, wenn es schon so kalt ist, gefroren ist, wir ein Eisfeld in der Gegend haben, sollte man es auch benutzen können. Wieso ist unseres nicht benutzbar?

#### 4.6 Amtliches Publikationsorgan

**STP Netze:** Ich nehme nicht zum Eis Stellung, das macht jemand anderer. Meines Wissens ist es ein privater Weiher. Ich bin noch nicht so lange hier und weiss nicht, ob er je als Eisfeld genutzt wurde. Aber ich möchte zu etwas anderem sprechen, nämlich zum amtlichen Publikationsorgan. Vielleicht ist Ihnen aufgefallen, dass die amtlichen Mitteilungen in zwei Zeitungen, also in beiden Gratisanzeigern erschienen sind, einerseits in der Kreuzlinger Zeitung, andererseits in den Kreuzlinger Nachrichten. Das ist seit zwei Wochen eine provisorische Lösung. Der Stadtrat hat sich für eine Lösung in zwei Zeitungen entschieden, nicht zuletzt hat das auch Einfluss auf die Reichweite. Addiert man die Reichweite in Kreuzlingen, und nur darum geht es bei den amtlichen Publikationen, haben wir nun eine grössere Abdeckung und eine grössere Reichweite als nur mit einer. Diese Probephase möchten wir auf zwei Jahre machen, wo wir die amtlichen Publikationen plus in einem bestimmten Umfang Mitteilungen der Verwaltung, der Stadtbehörde publizieren. Im Moment sind wir daran, mit den beiden Verlagen die Verträge auszuarbeiten, was spätestens in den nächsten zwei Wochen der Fall sein sollte. Wenn die Verträge abgeschlossen sind, können wir die Ausschreibung, die wir gemacht haben, zurückziehen. Dort gab es Einsprachen, was damit erledigt ist. Wir haben die Lösung mit den beiden Zeitungen gefunden, was wir anstreben und wo wir auf gutem Weg sind.

**GR Salzmann:** Kurze Nachfrage zur Reichweite. Ich glaube, wir bekommen beide Zeitungen. Daher ist doch die Reichweite gleich bei zwei Zeitungen wie bei einer. Aber wenn man es in beiden Zeitungen macht, kostet es wahrscheinlich mehr. Was ist die Kostenfolge?

**STP Netze:** Das eine ist, dass man es überall in den Briefkasten legt, das andere ist, ob man es überhaupt anschaut. Beide Zeitungen haben zwar eine Überschneidung beim Publikum, aber sie sind nicht deckungsgleich.

**GR Moos:** Mich würde noch interessieren, in welcher Art die Einsprachen stattgefunden haben. Worauf gründen diese?

**STP Netzle:** Bei der Ausschreibung waren nicht alle einverstanden damit, wie die Ausschreibung gelaufen ist. Aber das ist wie gesagt im Moment hinfällig, weil wir die Lösung mit beiden Verlagen finden. Bezüglich Kostenfolge wird es in der Addition natürlich mehr sein, aber gleichzeitig verkleinern wir das Volumen. Wir haben jetzt CHF 67'000 im Budget, was jeweils aber für eine ganze Seite ist. Weil wir bei beiden Zeitungen künftig nicht so viel Volumen haben werden, wird es zwar ein bisschen mehr sein, aber nicht doppelt so viel.

**GR Portmann:** Überraschenderweise habe ich hier gerade die Kreuzlinger Nachrichten aufgemacht. Wenn man schon neue Verträge aushandelt, dann handelt diese doch bitte gut aus. Bei mehrfachem Lesen der Kreuzlinger Nachrichten sieht man, dass sie manchmal eklatante Fehler schreiben. Ich lese da: „Heute stimmt der Gemeinderat ab über die Planung der TBK. Die Stadt Kreuzlingen hat 2014 das Land gekauft.“ Ich glaube, es stimmt auch nicht, dass wir das 2014 gekauft haben. Den Unterlagen entnehmen wir 2016. Auch auf solche Sachen sollte man bitte hinweisen, dass man als Gemeinderat richtig zitiert wird, wenn man etwas sagt, sowie auch dass man die richtigen Zahlen abdruckt, wenn es um Sachen geht, die ihr vor die Bevölkerung bringen wollt, damit die Bevölkerung auch richtig informiert ist.

**GR Brändli:** Ich weiss nicht, wie ihr es habt, aber heute dünkt mich die Tonqualität vom Hören her sehr, sehr schlecht. Nina Schläfli haben wir hier hinten fast nicht verstanden. Ich bitte den Stadtschreiber, die Anlage zu überprüfen. Ich glaube, die Zuschauer hatten es heute etwa ähnlich.

**GR Portmann:** Entschuldigung, ich stehe dazu: Es ist die Kreuzlinger Zeitung und nicht die Kreuzlinger Nachrichten.

#### 4.7 Biotechnologieinstitut / Bauverwaltung (Werkhof) / Konzeptstudie Pfortneranlagen

**GR Forster:** Es gibt ein Biotechnologieinstitut in Kreuzlingen, das vom Bund CHF 2,9 Mio. erhält. Diese betreiben Tumorbilogie, Immunologie und Zellbiologie. Hofiert man den von der Stadt aus auch ein bisschen? Gar nicht?

**Der Ratspräsident:** Will der Stadtpräsident Stellung nehmen?

**GR Forster:** Dorena hat Nein gesagt, ist schon gut. Ich finde das ist eine Superbude, sonst bekäme man von Bern nicht so viel Geld. Ernst Zülle: die Bauverwaltung platzt aus allen Nähten, das höre ich zum ersten Mal. Was ist denn dort los? Ihr habt ja rundherum Platz zum Versauen. Die Bauverwaltung platze aus allen Nähten, hast du heute gesagt. Also der Werkhof? Das habe ich zum ersten Mal gehört. Und dann noch etwas an Ernst Zülle: Benedikt Eberle macht eine Konzeptstudie über die Pfortneranlage in Kreuzlingen und in Frauenfeld. Hauptgrund sei, dass die Busse schneller vorwärtskommen. Inwieweit ist Kreuzlingen da involviert und beteiligt? Konnte man auch eigene Ideen einbringen? Und besteht vielleicht ein Zusammenhang mit der geplanten Romanshorerstrasse? Darum frage ich.

**STP Netzle:** Zum Biotechnologieinstitut: Ich weiss nicht, was du unter Hofieren verstehst. Wir anerkennen selbstverständlich die Leistung in der Forschung, welche sie erbringen. Das ist ein Institut der Universität Konstanz auf Kreuzlinger Boden. Es ist

erfolgreich in der Forschung, wird von dort gesponsert und zum Teil auch vom Kanton. Von der Stadt finanziell nicht, aber wir schätzen das sehr, was sie machen.

**SR Zülle:** Es ist der Werkhof. Das hat weniger mit dem Personal zu tun als mehr mit den Maschinen, die man hat, und der Werkstatt, die mehr Platz braucht. Das ist das, was knapp wird. Zu den Lichtsignalanlagen, die der Kanton plant: Das eine ist die Busbevorzugung bei Kreiseln und das andere sind Dosierungsanlagen. Viele Städte haben das, Zürich zum Beispiel. Man merkt es gar nicht, man hat einfach Rot, obwohl nirgends jemand fährt. Damit leitet man den Verkehr dosiert in die Stadt hinein. Der Kanton ist daran, das in Kreuzlingen und Frauenfeld zu prüfen. Wir sind involviert, wir haben mindestens jedes Vierteljahr eine Sitzung mit ihnen und schauen das auch an. Zum Beispiel die Busbevorzugung Seetalstrasse läuft auch in diese Richtung. Es gibt noch weitere Projekte. Es ist einfach so, dass ein dosierter Verkehr flüssiger ist. Vielleicht ein bisschen langsamer, man muss vielleicht einmal anhalten, aber er ist flüssiger. Das ist vielleicht die Verbindung zur Romanshorerstrasse. Das ist auch ein Grund, warum man den Bus auf der Strasse anhalten lässt. Das eine ist, dass der ÖV pünktlich ist, das ist wichtig. Die Busbevorzugung muss funktionieren, sonst funktioniert der ÖV nicht. Es gibt kein Umsteigen, wenn der Bus unpünktlich ist, man warten muss oder den Zug verpasst. Das andere ist die Dosierung des Verkehrs. Es ist so, dass andere Städte Lichtsignalanlagen haben. Zum Beispiel Olten, wo ich mein anderes Büro habe, da stehen die Autos die ganze Zeit, weil immer wieder rot ist. Trotzdem muss ich sagen, Olten hat Kolonnen, aber es läuft trotzdem, weil es immer wieder Lücken im Verkehr gibt und sie hineinfahren können. Bei uns ist der Bus vorne und schafft so Lücken für Autos, die von der Seite her hineinfahren wollen, aber auch für den Kreisel. Das ist das, was manchmal falsch verstanden wird, auch manchmal falsch zitiert wird von mir. Wir wollen nicht künstliche Kolonnen machen, wie das gesagt wird, sondern wir wollen Lücken schaffen, ganz normale Lücken, die es in jeder Stadt mit viel Verkehr braucht. Je mehr Verkehr wir haben, desto mehr Lücken braucht man. Das andere sind die Pfortneranlagen, dass man vielleicht so etwas macht. Aber wir sind nicht so weit, dass wir so etwas brauchen. Ich glaube, ich habe mich in den Medien auch einmal dazu geäußert. So weit ist Kreuzlingen noch nicht.

#### 4.8 Zeitungsartikel „Wirtschaftsfreundlichste Städte“

**GR Salzmann:** Eine Frage, die ich schon für letztes Mal vorbereitet hatte: In einem Artikel in der Thurgauer Zeitung vom 6. Dezember 2016 geht es um die Investitionshürden für Immobilien. Hier steht, dass die Stadt Frauenfeld zur Spitze der wirtschaftsfreundlichsten Städte der Schweiz gehört. Auch das Thema Behördenumfeld wurde genannt, wo Frauenfeld Spitze sei. Der Amtskollege von SR Zülle wurde zitiert, der auch Stellung zu diesem Thema nahm. Ich denke, das ist eine gute Steilvorlage, um einmal mit den Kollegen in Frauenfeld zu sprechen, was die besser machen als wir, vielleicht können wir da etwas lernen. Ich gebe das einfach als Input.

**SR Zülle:** Ich nehme solche Anregungen auf. Ich lese auch Zeitung, aber ich lese jeweils auch, was in der Kritik von Frauenfeld steht. Die hatten auch grosse Kritik und Skandale. Ich möchte einfach sagen, wenn wir anfangen, Städte untereinander zu vergleichen und zu sagen, macht es gleich wie die und anders – ich habe 25 Jahre in Frauenfeld gearbeitet, ich kann euch sagen, es ist nicht alles so wahnsinnig gut in Frauenfeld, wie man denkt. Auch die vielen Ansiedlungen. Ich würde meinen, dass die Wohnqualität in Kreuzlingen viel besser ist. Aber das sind alles Sachen, bei denen

man Empfindungen hat. Jede Stadt macht ihre Sache gut, und ich möchte doch bitten, auch ein bisschen zu ästimieren, was der Stadtrat, was wir alles gut machen und nicht nur zu kritisieren.

**Der Ratspräsident:** Ich mache darauf aufmerksam, dass da nicht diskutiert wird. Wir nehmen es zur Kenntnis.

**GR Salzmann:** Es ist keine Kritik, es ist einfach eine Bitte um offene Anregung, eine Bitte um einen offenen Mindset. Vielleicht machen andere irgendetwas besser als wir. Es kann sein, es ist überhaupt keine Kritik an den Stadtrat. Das liegt mir fern.

#### 4.9 Foto Gemeinderat

**Der Ratspräsident:** Im Rahmen des Gemeinderats bedanke ich mich für das Foto. Es ist ein schönes Foto.

---

Der Ratspräsident schliesst die Sitzung um 20.45 Uhr.

---

#### **Beilage**

1. Schriftliche Anfrage „Case Management für säumige KK - Prämien Bezahler“

#### **Geht an**

- Mitglieder des Gemeinderats
- Adressaten gemäss besonderem Verteiler

Für die Richtigkeit:

Der Gemeinderatspräsident

Der Sekretär

Der Vizepräsident

Der Stimmenzähler



Schriftliche Anfrage

26. Jan. 2017

## „Case Management für säumige KK – Prämien Bezahler“

Geschätzter Stadtrat

Die öffentliche Hand bezahlt Millionenbeiträge an die KK von Versicherten, die ihre KK Prämien oder Kostenbeiträge nicht bezahlen.

Seit 2007 besteht im Kanton Thurgau ein Datenpool säumiger Prämienzahler. Die Gemeinden, (auch Kreuzlingen ) betreibt ein Case- Management, um die Versicherten dazu zu bringen, sich um ihre Verpflichtungen zu kümmern.

In Weinfelden z. B, wurden seit Beginn des aktiven Managements im September 2012 innert Jahresfrist mehr als 500 Fälle bearbeitet. Verlustscheinforderungen der KK hätten bei dieser Fallzahl die Gemeinde über 1 Million sFr. gekostet. Mit dem Case- Management wurden etwa 150000 .- aufgewendet.

Fragen:

- Welche Erfahrungen hat Kreuzlingen seit der Einführung des Case-Managements beobachten können?
- Wie viele Personen können jetzt jährlich ohne finanzielles Engagement der Stadt, nämlich auf Eigeninitiative, ihre offenen Forderungen bei der KK begleichen? (aufgrund des steten und sanften Drucks seitens der Stadt)
- Wie konsequent und wie aktiv wird in Kreuzlingen dieses Case- Management durchgeführt?
- Wie sah/ sieht der zahlenmässige Verlauf vor und seit der Einführung des Case- Managements aus? Zahlenmässig heisst: Wie viel Geld konnte seit Einführung dieses Systems jährlich eingespart werden?

Für die SVP Fraktion

Irène Herzog